

DER ÖKONOMISCHE GASTKOMMENTAR

Strikte Koordinierung statt Blankoscheck für Griechen

In der Ägäis könnte die globale Finanzkrise wieder voll aufflammen: Wegen der angespannten griechischen Staatsfinanzen sind die Finanzmärkte extrem nervös. Gut vorstellbar, dass die Risikoprämien so weit in die Höhe schießen, dass der griechische Staat das Rekorddefizit von derzeit mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr finanzieren kann. Ein von den Märkten provozierte Staatsbankrott Griechenlands aber könnte ähnliche Schockwellen durch die Finanzwelt schicken wie die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers vor gut einem Jahr.

Denn es könnten Zweifel an der Zahlungsfähigkeit anderer Euro-Staaten mit hohen Defiziten wie Irland und Spanien oder mit hohen Schuldenständen wie Italien oder Belgien aufkommen. Aus Angst vor Zahlungsproblemen könnten die Käufer von Staatsanleihen so hohe Zinsaufschläge fordern, dass die Schuldenberge tatsächlich nicht mehr zu finanzieren wären: eine sich selbst erfüllende Erwartung.

Angesichts dieser Risiken wirkt die europäische Politik kopflos. Zwar mögen die abwechselnden Solidaritätsversprechen und die harsche Kritik an Griechenland taktisch abgestimmt sein. Im Hintergrund werden Griechenlands Premier und Finanzminister mit aller Kraft zu einem harten Spar- und Reformkurs gedrängt. Die EU-Politiker scheinen zu hoffen, dass der Marktdruck auf Griechenland schwindet und brisante Entscheidungen gar nicht gefällt werden müssen wie die, ob der IWF in der Euro-Zone zum Einsatz kommt oder wie die EU Stützungsgelei aufbringt.

Das Spielen auf Zeit ist jedoch riskant: Da die Märkte nicht sicher wissen, ob und wie ein einzelnes Land unterstützt würde, steigt der Anreiz zur Spekulation. Ein Rettungspaket nicht nur für die Griechen, sondern auch für Iren oder Spanier würde aber deutlich teurer.

Griechenland darf keinen Bail-out als Blankoscheck erhalten. Es müssen klare Re-



D. Schwarzer (Bild) u. S. Dullien

Auflagen wie bei IWF-Krediten genügen nicht, um Probleme von der Art des griechischen Fast-Bankrotts künftig zu vermeiden.

geln festgelegt werden, unter denen Euro-Staaten Rettungspakete bekommen. Die Euro-Zonen-Partner könnten sich etwa politisch verpflichten, im Falle von Finanzierungsengpässen einem Land zur Seite zu springen. Dafür muss der Haushalt in einem solchen Fall für die folgenden Jahre von der Europäischen Kommission und von der Euro-Gruppe genehmigt werden, bis die Staatsfinanzen wieder gesichert sind. Ein Land müsste also temporär die finanzpolitische Souveränität aufgeben.

Anders als mit Auflagen verknüpfte Darlehen, wie diese EU und IWF Rumänien, Ungarn und Lettland gewährt haben, wäre dies zunächst ein präventiver Pakt, um Länder vor einer Spekulationsattacke der Märkte abzusichern, weil ja der Staatsbankrott in diesen Fällen ausgeschlossen wäre. Die Griechen würden entscheiden, ob sie dazu bereit wären oder ob sie lieber versuchen, auf eigene Faust das Misstrauen der Märkte zu zerstreuen.

Die grundlegenden Probleme der schwächeren Euro-Länder ließen sich allerdings auch damit nicht lösen. Selbst wenn

Griechenland mit massiven Einschnitten bei Staatsausgaben und Steuererhöhungen das Defizit in den Griff bekommen sollte: Die Probleme des Landes haben gerade erst begonnen. Griechenland hat ebenso wie Spanien, Irland oder auch Italien seit Jahren unter anderem gegenüber Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Ein massiver Sparkurs in diesen Ländern würde jahrelange Stagnation bedeuten, weil dann neben den Exporten auch noch die Inlandsnachfrage als Wachstumsmotor ausfiele.

Angela Merkel hat recht, wenn sie mehr europäische Einflussnahme auf die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik fordert. Die Krise hat deutlich gemacht, wie groß die gegenseitigen Abhängigkeiten in der Euro-Zone sind und wo die Schwächen der Koordinierung liegen. Sie ist nicht rechtzeitig gegen die Ungleichgewichte und die unverantwortliche Haushaltspolitik in einigen Mitgliedstaaten vorgegangen, die sich über Jahre hinweg aufgebaut haben. Schon in einem viel früheren Stadium hätte man sie angehen müssen.

Um die Euro-Zone krisenfester zu machen und nach der derzeitigen Krise auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu führen, muss nicht nur die Fiskalpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik inklusive der Lohnverhandlungen enger koordiniert werden. Das betrifft dann allerdings in letzter Konsequenz nicht nur die Defizitsünder und die Reformverweigerer. Alle Mitgliedstaaten müssen die Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone als gemeinsame Sache betrachten. Die Abschlusserklärung des EU-Gipfels vom Freitag enthält dazu ein paar blumige Worte. Gefragt aber sind echte Taten, und zwar schnell.

Daniela Schwarzer ist Forscherin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik; Sebastian Dullien lehrt Internationale Wirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

Sie erreichen sie unter:

gastautor@handelsblatt.com